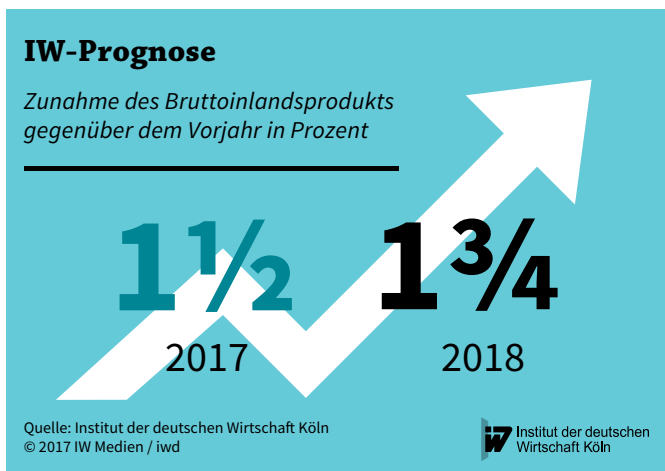


Ein Kreuz für NRW

Wahl. Nordrhein-Westfalen hat zwar wirtschaftlich zuletzt aufgeholt, doch die künftige Landesregierung steht vor großen Herausforderungen: Das bevölkerungsreichste Bundesland hat mit 180 Milliarden Euro mehr Schulden als alle anderen Länder – und nimmt dennoch neue Kredite auf. Auch die geringen Investitionen in die Forschung tragen zur schwierigen Situation der Wirtschaft in NRW bei. Besonders hinderlich für die Unternehmen seien die vielen verschärften Umweltschutzregelungen, schreibt Margarete Haase, Vorstandsmitglied der Deutz AG, in ihrem iw.d-Gastkommentar.

—> [Seiten 2-4](#)



Ruheständler steigen auf

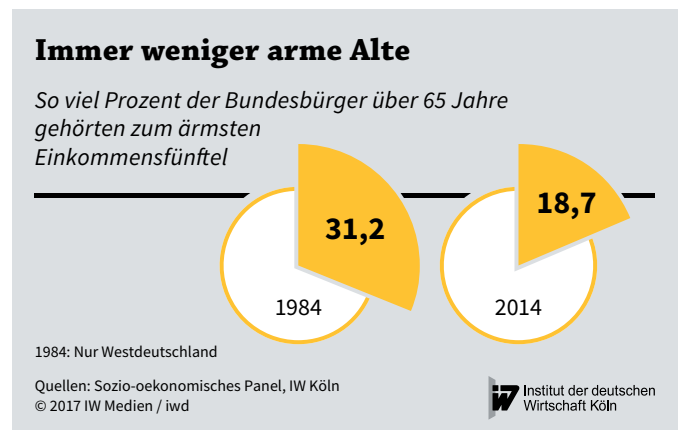
Lebensverhältnisse im Alter. Rentnern in Deutschland geht es heute deutlich besser als vor 30 Jahren: Im Jahr 1984 befand sich knapp ein Drittel im ärmsten Einkommensfünftel, 2014 waren es nur noch 19 Prozent. Dagegen sind die Einkommen der unter 45-Jährigen seit Mitte der 1980er Jahre nur unterdurchschnittlich gestiegen. Ein deutliches Signal an die Politik.

—> [Seiten 10-11](#)

Läuft bei uns

Konjunktur. Auch wenn das Wirtschaftswachstum 2017 und 2018 einen Tick schwächer ausfallen wird als im vergangenen Jahr – Grund zur Sorge gibt es in Deutschland nicht. Im Gegenteil: In der IW-Konjunkturumfrage zeigen sich die Unternehmen weiterhin zuversichtlich; die meisten gehen davon aus, dass Produktion und Investitionen steigen. Und auf dem Arbeitsmarkt winkt sogar ein neuer Rekord.

—> [Seiten 6-7](#)



In NRW ist nicht alles okay

Wahl. Am 14. Mai 2017 wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Die Landtagswahl gilt als richtungsweisend für die bevorstehende Bundestagswahl, schließlich ist NRW mit knapp 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Bundesland.

NRW hat wirtschaftlich zuletzt ein wenig aufgeholt: Wies das Bundesland 2015 deutschlandweit noch das zweitniedrigste Wachstum auf, kam es 2016 immerhin wieder auf ein BIP-Plus von 1,8 Prozent und damit auf Platz sechs. Allerdings hat die Regierung in Düsseldorf mit 180 Milliarden Euro auch einen Batzen Schulden aufgehäuft, der die Investitionskraft zwischen Rhein und Ruhr erheblich beeinträchtigt.

Doch nicht nur der Schuldenberg ist ein Problem, der neue Landtag muss auch noch andere Herausforderungen meistern (Grafik):

Im Jahr 2015 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in NRW

rund 36.500 Euro – fast 600 Euro weniger als im bundesweiten Durchschnitt.

Auch die Arbeitslosenquote ist in NRW mit 7,7 Prozent relativ hoch.

Eine andere Baustelle ist die teils marode Infrastruktur. Fast 30 Prozent aller Staukilometer in Deutschland entfielen 2016 auf Nordrhein-Westfalen, was vor allem auf die zahlreichen baufälligen Brücken zurückzuführen ist, die dem hohen Transitverkehr nicht gewachsen sind.

Eine Ursache für die prekäre Situation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ist die Forschungsschwäche. Die Unternehmen an Rhein und Ruhr geben nicht einmal

2 Prozent des BIP für eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) aus – in Baden-Württemberg sind es fast 5 Prozent.

Die Zurückhaltung bei den FuE-Investitionen schlägt sich auch in der Zahl der Patente nieder: 2016 gab es in NRW 40 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner, beim Spitzenreiter Baden-Württemberg waren es 132.

Dabei hat NRW das Potenzial, innovativer zu sein. Mit einer Vielzahl von Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen – darunter allein zwölf Max-Planck-Institute – sind die Voraussetzungen durchaus gegeben. Damit sich die Forschungsergebnisse jedoch auch auszahlen, müssten die Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft noch enger werden.

Eine Initiative, die die Patentanmeldungen in die Höhe schrauben soll, gibt es bereits: die „NRW-Patentvalidierung“. Sie ist aus einer Kooperation des Forschungs- und des Wirtschaftsministeriums hervorgegangen und unterstützt Hochschulen bei der Weiterentwicklung und Umsetzung ihrer Erfindungen.

Und auch in puncto Digitalisierung tut sich was: In sechs NRW-Städten – darunter Köln, Bonn und Münster – sind im vergangenen Jahr „Digital Hubs“ eröffnet worden, die Kooperationen zwischen Start-ups, Industrie und mittelständischen Betrieben fördern.

Nordrhein-Westfalen in Zahlen

WAHL 2017	Nordrhein-Westfalen	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015 in Euro	36.544	37.128
Arbeitslosenquote 2016 in Prozent	7,7	6,1
Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von Unternehmen am Bruttoinlandsprodukt 2014 in Prozent	1,98	2,88
Patentanmeldungen 2016 je 100.000 Einwohner	40	59

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung: Ausgaben für Projekte, die die Unternehmen selbst durchführen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsches Patent- und Markenamt, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
© 2017 IW Medien / iwd

Das bisschen Haushalt

Wahl. Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit einem chronischen Haushaltsdefizit. Auch für 2017 hat die amtierende Landesregierung neue Schulden vorgesehen. Trotz der wenig soliden Finanzlage plädieren alle Parteien im laufenden NRW-Wahlkampf für zusätzliche Ausgaben.

Im Düsseldorfer Finanzministerium, das seit mehr als vier Dekaden Defizite verkündet, war Anfang des Jahres zur Abwechslung mal Feierlaune angesagt: Denn 2016 erzielte NRW einen Haushaltsüberschuss – den ersten seit 1973. Mit 143 Millionen Euro fiel das Plus zwar bescheiden aus – nur im Saarland war es noch kleiner –, aber immerhin.

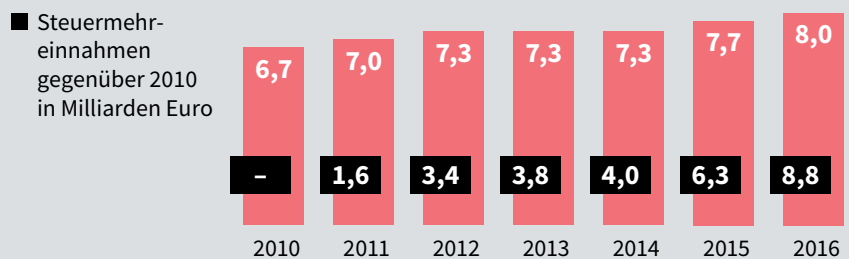
Der Überschuss kam für die Landesregierung offenbar völlig überraschend – im Haushaltsplan waren jedenfalls noch 1,8 Milliarden Euro an neuen Schulden vorgesehen.

Den unverhofften Geldsegen hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) einerseits den Steuereinnahmen zu verdanken, die 2016 um 1 Milliarde Euro höher ausgefallen sind als prognostiziert. Andererseits blieben die Ausgaben um 1,5 Milliarden Euro unter dem Soll.

Doch damit scheint es nun vorbei. Alle im Düsseldorfer Landtag vertretenen Parteien plädieren in ihren Wahlprogrammen für mehr Investitionen – sei es in Bildung, Verkehrswege, Digitalisierung oder Kinderbetreuung. Auch die Ausgaben für die innere Sicherheit werden steigen, wenn wie geplant zusätzliche Polizisten eingestellt werden. All dies wird mehr Geld kosten, denn konkre-

NRW: Steigende Steuereinnahmen

Steuerquote in Prozent



Steuerquote: Steuereinnahmen des Landes NRW im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

Ursprungsdaten: Finanzministerium NRW, Statistische Ämter der Länder
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

te Einsparpotenziale benennt keine Partei. Lediglich der Bürokratieabbau wird in einigen Programmen als allgemeine Zielsetzung erwähnt.

Tatsächlich aber müsste NRW dringend auf die Ausgabenbremse treten. Denn nach dem positiven Ausreißer im Jahr 2016 ist das Land wieder auf dem alten Kurs:

Die NRW-Landesregierung rechnet im laufenden Haushaltsjahr mit 1,6 Milliarden Euro neuen Schulden.

Dabei belaufen sich die Landesschulden bereits auf 180 Milliarden Euro – der Schuldenberg ist damit so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Mit großem Abstand folgt das Land Niedersachsen mit 60 Milliarden Euro Schulden. Auch je Einwohner gerechnet liegt der Schuldenstand Nordrhein-Westfalens mit mehr als 10.000 Euro deutlich über dem Länderdurchschnitt.

Die Neuverschuldung ist umso erstaunlicher, als die Landeseinnahmen schon seit geraumer Zeit stärker wachsen als die Wirtschaft an Rhein und Ruhr (Grafik):

Im Jahr 2010 betrug die Steuerquote in NRW 6,7 Prozent, 2016 lag sie bereits bei 8 Prozent – das bescherte der Landesregierung kumulierte Mehreinnahmen von 28 Milliarden Euro.

Berücksichtigt man nun auch noch die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, die Zuschüsse des Bundes sowie steuerähnliche Abgaben, ergibt sich für NRW eine Steuerquote von mehr als 10 Prozent für 2016 – ebenfalls ein kräftiger Anstieg seit 2010. Das heißt: Die Bürger und Unternehmen in NRW führen mittlerweile deutlich mehr an den Fiskus ab als noch vor einigen Jahren.

Von einem soliden Haushalt ist Nordrhein-Westfalen also noch weit entfernt. Eine nachhaltige Finanzpolitik müsste die Ausgabenseite deshalb deutlich stärker hinterfragen als bisher.

IW-Kurzbericht 29/2017

Tobias Hentze:

Haushalt NRW: Neue Schulden in Sicht
iwkoeln.de/haushalt_nrw

„Ist NRW ein Industrieland oder ein Naturschutzreservat?“



Foto: Andreas Fechner

Kommentar. Zahlreiche umwelt- und klimapolitische Alleingänge der amtierenden Düsseldorfer Landesregierung haben die Betriebe in Nordrhein-Westfalen unverhältnismäßig belastet, schreibt **Margarete Haase**, Mitglied des Vorstands der Kölner Deutz AG, in ihrem Kommentar für den iwd. Die Vizepräsidentin von „unternehmer nrw“ plädiert deshalb dafür, der Wirtschaftspolitik nach der Landtagswahl wieder einen höheren Stellenwert beizumessen.

Nordrhein-Westfalen hat viele Chancen und große Potenziale: fleißige und qualifizierte Menschen, die für sich und ihre Kinder eine gute Zukunft erarbeiten wollen, fantastische Unternehmen mit starken Konzernen, erfolgreiche mittelständische Betriebe und ein leistungsstarkes Handwerk. Zudem liegt NRW im Herzen Europas, ist an alle Märkte des Kontinents angebunden und hat eine starke industrielle Basis entlang der kompletten Wertschöpfungskette. Dennoch läuft das Land bei Wachstum und Beschäftigung dem Rest der Republik seit Jahren hinterher.

Wenn die Voraussetzungen für einen Erfolg hervorragend sind, die Wirklichkeit aber ein eher düsteres Bild zeichnet, dann darf sich ein Land wie NRW damit nicht abfinden. Dafür ist es viel zu wichtig für Deutschland. Nordrhein-Westfalen braucht ein neues Selbstbewusstsein, ehrgeizige Ziele und mutiges Handeln, um wieder nach vorn zu kommen und zu Spitzenstandorten wie Bayern und Baden-Württemberg aufzuschließen.

Dazu brauchen wir in Nordrhein-Westfalen wieder eine positivere Grundstimmung für Wirtschaft und Industrie. Eine neue Landesregierung kann hierfür ein Signal setzen und etwa dem Wirtschaftsministerium jene Querschnittsfunktion überantworten, die Unternehmen im Land erkennen lässt, dass Wirtschaftspolitik prioritär betrieben wird. Dies wäre ein wichtiger Impuls, der Aufbruchsstimmung erzeugen und Investitionen in wettbewerbsfähige Arbeitsplätze ankurbeln könnte.

Von großer Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufholprozess wäre auch eine Abkehr von den umwelt- und klimapolitischen Alleingängen des Landes. Unumstritten gehören die Umweltstandards in Deutschland schon heute zu den weltweit höchsten. Warum aber die nordrhein-westfälische Landesregierung in den vergangenen Jahren glaubte, hier noch mit einer Vielzahl von Gesetzen draufsatteln zu müssen, hat sich den Unternehmen im

Land nicht erschlossen – im Gegenteil: Die verschärften Regelungen im Klimaschutz-, im Landeswasser- und im Landesnaturschutzgesetz haben die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen beeinträchtigt und so manche Investition verhindert. Die neue Landesregierung wird schleunigst die Frage beantworten müssen, ob Nordrhein-Westfalen Industrieland bleiben oder Naturschutzreservat werden soll. Ein sofortiger Regulierungsstopp wäre hier ein weiteres, enorm wichtiges Signal an Unternehmen und Investoren.

Die zentrale Lage Nordrhein-Westfalens im Herzen Europas ist ein Geschenk für die Unternehmen und für die Bürger. Doch was nutzt uns das, wenn die Unternehmen wegen maroder Straßen und Brücken ihre Produkte nur über zeitraubende und damit teure Umwege vom Hof kriegen und die Beschäftigten sich im täglichen Stau zur Arbeit quälen müssen? Hinzu kommt, dass die Kernbereiche der NRW-Industrie in ländlichen Regionen wie Ost- und Südwestfalen sowie im Münsterland sitzen, die Anbindung mit schnellem Internet dort aber allenfalls im Schneckentempo vorangeht. Hier muss eine neue Landesregierung massiv aufs Tempo drücken – mit der Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte. Dazu gehört, dass das Land die freigegebenen Bundesmittel vollumfänglich nutzt und überdies die Investitionen in die regionalen Verkehrsnetze spürbar aufstockt. Gleichzeitig muss die Landespolitik alles tun, um die Digitalisierung aller Wirtschafts- und Standortbereiche zu beschleunigen.

Die Landtagswahl 2017 ist vor diesem Hintergrund eine Richtungsentscheidung darüber, ob ein Aufbruch für Nordrhein-Westfalen gelingen kann. Denn eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Grundlage dafür, dass in NRW Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, breiter Wohlstand erreicht, die Sozialsysteme gesichert und sozialer Friede gewahrt werden können.

MINT macht's

Arbeitsmarkt. Wer naturwissenschaftlich oder technisch ausgebildet ist, hat in Deutschland wesentlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Personen mit anderen Qualifikationen. Das gilt auch für Zuwanderer.

Fachkräfte und Akademiker aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) werden seit Jahren händeringend gesucht. Ende April waren 430.400 Stellen im MINT-Bereich nicht besetzt. Gleichzeitig waren nur 199.100 Personen mit MINT-Bildung arbeitslos gemeldet – der niedrigste Stand seit Beginn der statistischen Erhebung.

Wohl auch deshalb haben MINT-Kräfte besonders gute Arbeitsbedingungen. So verdienen 75 Prozent der MINT-Akademiker mehr als 2.000 Euro netto pro Monat. Von den anderen Akademikern schaffen das 62 Prozent. Bei den Nettogehältern über 4.000 Euro ist der Unterschied mit 20 Prozent im Vergleich zu 13 Prozent ebenfalls sehr groß.

Dass sich Bildungsabschlüsse im MINT-Bereich immer mehr auszahlen, lässt sich auch an der sogenannten Lohnprämie ablesen (Grafik):

Gemessen am Stundenlohn verdienten MINT-Akademiker im Jahr 2015 gut 92 Prozent mehr als Geringqualifizierte. Seit dem Jahr 2005 ist diese Lohnprämie um rund 15 Prozentpunkte gestiegen.

Den zweitstärksten Zuwachs weisen die Beschäftigten in MINT-Facharbeiterberufen mit knapp 12 Prozentpunkten auf.

Zudem sind MINT-Kräfte seltener befristet beschäftigt. Im Jahr 2014 hatten nur 10,4 Prozent der MINT-Akademiker befristete Verträge – im

Vergleich zu 12,1 Prozent der sonstigen Akademiker. Bei Fachkräften aus dem MINT-Bereich war die Quote mit 6,3 Prozent sogar noch geringer. Fachkräfte aus anderen Feldern hatten mit 7,9 Prozent häufiger befristete Verträge. Außerdem sind MINT-Kräfte öfter vollzeitbeschäftigt und in leitender Position tätig als andere Arbeitnehmer.

Die guten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sind weitgehend unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft – MINT-Akademiker sind deutlich häufiger Bildungsaufsteiger als Absolventen anderer Studiengänge:

Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2015 hatten knapp 70 Prozent

der Ingenieure und gut 66 Prozent der Akademiker anderer MINT-Richtungen mindestens ein Elternteil ohne Studienabschluss.

Zum Vergleich: Bei Medizinerinnen waren es rund 50 Prozent und bei Juristen sogar nur 43 Prozent.

Auch Zuwanderer haben in MINT-Berufen besonders gute Chancen: Die Erwerbstätigenquote unter MINT-Akademikern mit Migrationserfahrung war 2014 um 4,6 Prozentpunkte höher als bei Zuwanderern in anderen akademischen Fachrichtungen. Und der Anteil der erwerbstätigen Akademiker, die nicht in Deutschland geboren sind, ist im MINT-Bereich um ein Viertel höher als unter sonstigen Akademikern.

Diese Abschlüsse lohnen sich

Um so viel Prozent lagen die durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhne folgender Qualifikationsgruppen im Jahr 2015 über denen von Geringqualifizierten

■ Veränderung gegenüber 2005 in Prozentpunkten

110,5

+9,8

Akademiker Recht/Gesundheit

92,3

+15,1

Akademiker MINT

86,5

-1,9

Akademiker Wirtschaftswissenschaften

66,7

+11,6

Berufliche Bildung MINT

63,6

-2,7

Akademiker sonstige Fachrichtungen

26,2

+7,5

Sonstige berufliche Bildung

Beschäftigung erreicht neuen Rekord

Konjunktur. Bereits seit 2013 wächst die deutsche Wirtschaft fast ununterbrochen – und das wird vorerst auch so bleiben. Zwar schwächt sich das Wachstum 2017 laut IW-Prognose ein bisschen ab, doch das hat vor allem statistische Gründe. Besonders erfreulich: In diesem und im nächsten Jahr werden insgesamt eine Million neue Arbeitsplätze entstehen und die Beschäftigung auf ein neues Rekordniveau hieven.

Brexit? Trump? Schulden- und Finanzkrise? Noch vor wenigen Monaten sind die meisten Konjunkturforscher davon ausgegangen, dass sich die zunehmenden politischen Unsicherheiten deutlich in der globalen Wirtschaftslage niederschlagen würden. Doch nichts da: Der weltweite Handel floriert wieder – und das hält die deutsche Volkswirtschaft auf Kurs (Tabelle Seite 7):

Laut IW-Prognose wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1 ½ Prozent und im Jahr 2018 um 1 ¾ Prozent steigen.

Das sind zwar etwas schwächere Werte als im vergangenen Jahr, als die Wirtschaft noch um 1,9 Prozent zulegen konnte, doch das ist leicht zu erklären: Zum einen schwächt sich der Konsum aufgrund der anziehenden Inflation etwas ab, zum anderen gibt es im Jahr 2017 drei Arbeitstage weniger als im vergangenen Jahr. Ohne diese

Effekte würde das Wachstum 2017 im Durchschnitt der vergangenen Jahre liegen.

Diese Prognose wird von den Ergebnissen der IW-Unternehmensbefragung bestätigt (Grafik):

Fast die Hälfte der rund 2.800 befragten Unternehmen erwartet für 2017 einen Anstieg der Produktion, nur jedes zehnte rechnet mit einem Rückgang.

Außenhandel. Zwar werden die deutschen Exporte 2017 und 2018 einen Tick weniger zulegen als der Weltmarkt, der in beiden Jahren jeweils um 3 ¼ Prozent wachsen dürfte. Das deutsche Ausfuhrplus von je 3 Prozent ist gegenüber 2016 dennoch eine Verbesserung.

Weil die deutschen Importe in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 4 Prozent steigen, bremst der Außenbeitrag das Wachstum leicht ab – und der Leistungsbilanzüberschuss verringert sich entsprechend.

Konjunktur: Unternehmen weiterhin zuversichtlich

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2017 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	9,9	46,9	10,5	43,7	9,9	46,4
Exporte	10,1	33,1	14,5	15,5	10,7	30,7
Erträge	18,0	38,1	21,4	34,4	18,5	37,6
Investitionen	13,4	43,9	19,0	35,6	14,2	42,8
Beschäftigung	11,2	40,4	13,5	35,9	11,5	39,8

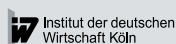
IW-Prognose für Deutschland 2017 und 2018

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1	1 ¼	1
Arbeitslosenquote	6,1	5 ¾	5 ½
Arbeitsvolumen	–	½	¾
Produktivität	–	1	1
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1 ½	1 ¾
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	2	1 ¼	1 ½
Konsumausgaben des Staates	4	2 ½	2 ½
Anlageinvestitionen	2,3	1 ¾	2 ½
– Ausrüstungen	1,1	1	3
– Sonstige Anlagen	2,6	2	2 ½
– Bauten	3	2	2
Inlandsnachfrage	2,3	1 ¾	2
Export	2,6	3	3
Import	3,7	4	4
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1 ½	1 ¾
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	0,5	1 ½	1 ½
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	0,8	½	½

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Arbeitsvolumen und Produktivität 2016: keine Angabe wegen ausstehender Korrektur; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt,
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd



Das erneute Plus bei den Exporten spiegelt sich auch in der IW-Konjunkturumfrage wider:

Fast ein Drittel der Unternehmen in Deutschland erwartet für das Jahr 2017 höhere Ausfuhren – nur knapp 11 Prozent rechnen mit sinkenden Exporten.

Allerdings gibt es dabei einen recht großen Unterschied: Während in Westdeutschland auf drei Optimisten nur ein Pessimist kommt, halten sich die beiden Lager in Ostdeutschland fast die Waage.

Investitionen. Auch die Investitionsperspektiven haben sich wieder merklich verbessert. Hielten sich die Unternehmen in Deutschland wegen des unsicheren globalen Umfelds im vergangenen Jahr noch zurück, planen in diesem Jahr fast 43 Prozent der Betriebe höhere und nur 14 Prozent niedrigere Investitionen als 2016. Das gilt sowohl für die Industrie als auch für die Dienstleistungsunternehmen.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen. Nachdem sie im vergangenen Jahr nur um gut 1 Prozent zulegen konnten und 2017 sogar noch einen Hauch schwächer ausfallen, werden sie im nächsten Jahr um 3 Prozent steigen – ein Indiz, dass die Unternehmen zuversichtlicher werden und deshalb mehr in neue Maschinen und Anlagen investieren.

Konsum. In den vergangenen beiden Jahren sind die privaten Konsumausgaben in Deutschland um je 2 Prozent gestiegen und haben damit einen Großteil des Wirtschaftswachstums ausgelöst.

Verantwortlich dafür waren vor allem die gute Entwicklung der Beschäftigung, der Rückgang der Ölpreise sowie die niedrigen Zinsen, die es den Verbrauchern leichter machen, zum Beispiel die Anschaffung eines Autos über Kredite zu finanzieren.

In diesem und im kommenden Jahr werden die Konsumausgaben der Bundesbürger zwar nicht ganz so stark zulegen wie in den Vorjahren, Grund zur Klage gibt es allerdings nicht. Denn zusammen mit den staatlichen Ausgaben sorgt der private Konsum weiterhin für einen Großteil des Wachstums.

Arbeitsmarkt. Die IW-Konjunkturumfrage lässt darauf schließen, dass der seit Jahren anhaltende Aufbau von Arbeitsplätzen in Deutschland auch dieses Jahr weitergeht.

Fast 40 Prozent der befragten Unternehmen wollen neue Mitarbeiter einstellen, nur knapp 12 Prozent erwarten einen Stellenabbau. Nur im Frühjahr 2007 und 2011 war der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen noch besser.

Im Jahresdurchschnitt 2017 wird die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 580.000 oder 1,3 Prozent steigen.

Damit werden in diesem Jahr erstmals mehr als 44 Millionen Erwerbstätige gezählt – und dieser Rekord sollte schon im kommenden Jahr gebrochen werden.

Ein kleiner Wermutstropfen: Die Arbeitslosigkeit wird nicht annähernd so stark sinken, wie die Beschäftigung zunimmt. Während 2017 und 2018 insgesamt rund eine Million neue Arbeitsplätze entstehen, wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur um knapp 200.000 zurückgehen.

Wegen des Beschäftigungsaufbaus wird die Arbeitslosenquote dennoch sinken – von 6,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 5 ¾ Prozent in diesem und 5 ½ Prozent im nächsten Jahr.

Weil sich die meisten Flüchtlinge noch in integrations- oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden, wird sich ihr Einfluss auf den Arbeitsmarkt erst nach und nach im kommenden Jahr bemerkbar machen.

Schon in der Mitte spitze

Steuerlast. Eine gute Nachricht: Die Grundidee des deutschen Steuersystems funktioniert – wer viel verdient, zahlt auch entsprechend mehr Steuern. Eine schlechte Nachricht: Den sogenannten Spitzensteuersatz zahlen auch Menschen, die zwar gut verdienen, aber alles andere als Spitzenverdiener sind. Ein kinderloser Single zum Beispiel muss bereits ab einem Jahresbruttoeinkommen von etwa 65.000 Euro den Einkommenssteuerhöchstsatz von 42 Prozent berappen.

Wie in fast jedem Bundestagswahljahr werden auch dieses Mal die vermeintlichen Ungerechtigkeiten in Deutschland hitzig diskutiert, und wie immer steht dabei auch das Steuersystem am Pranger.

Besonders populär ist die These, dass Spitzenverdiener in Deutschland vergleichsweise glimpflich davonkommen und deshalb stärker besteuert werden sollten.

Um die tatsächliche Steuerbelastung der Bundesbürger zu ermitteln, hat das IW Köln die beiden aufkommensstärksten Steuerarten herangezogen: Die Einkommenssteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags sowie die Mehrwertsteuer, die in der Studie einschließlich der Versicherungssteuer ausgewiesen

wird, machen zusammen rund zwei Drittel der öffentlichen Einnahmen aus. Die Ergebnisse der IW-Analyse:

Wer zahlt überhaupt Einkommenssteuern? In Deutschland leben derzeit 67,6 Millionen Menschen, die mindestens 18 Jahre alt sind. Davon zahlen 46,2 Millionen Einkommenssteuer (Grafik). Die übrigen 21,4 Millionen zahlen nichts – weil sie zu wenig oder gar nichts verdienen, weil sie eine Ausbildung durchlaufen oder studieren oder weil sie bereits im Ruhestand sind.

Wer zahlt wie viel Steuern? Um diese Frage zu beantworten, haben die IW-Forscher die deutschen Haushalte in zehn Einkommensgruppen unterteilt und sich dabei am Bruttoäquivalenzeinkommen der

Haushalte orientiert. Diese Gewichtung ist wichtig, denn sie berücksichtigt die Tatsache, dass ein gemeinsamer Haushalt im Vergleich zu einem Singlehaushalt bestimmte Ersparnisse mit sich bringt – so muss zum Beispiel ein Vierpersonenhaushalt nur eine Waschmaschine kaufen, nicht vier.

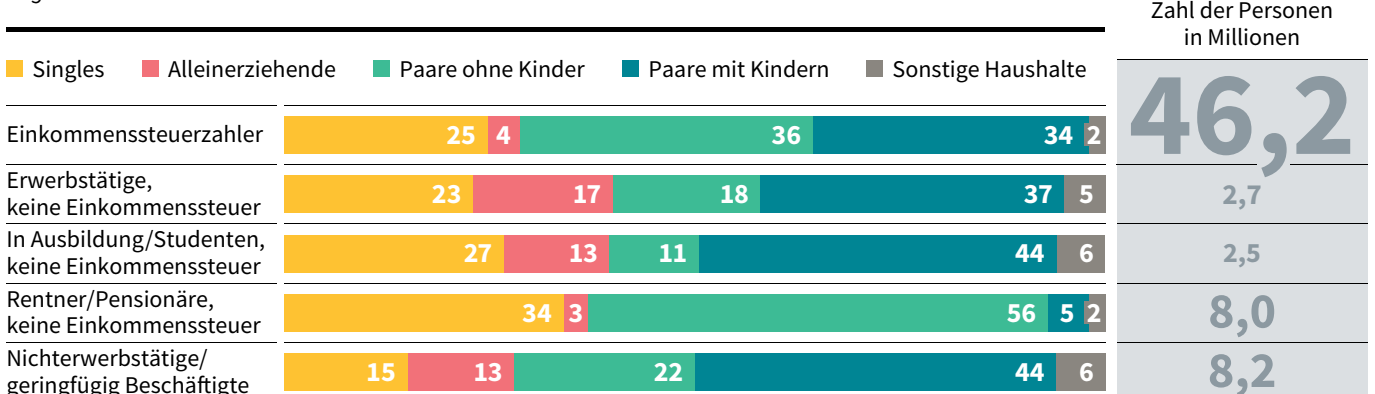
Schaut man nun auf die Verteilung der Steuerlast, dann ergibt sich ein eindeutiges Bild (Grafik Seite 9):

Die 10 Prozent der einkommensstärksten Haushalte zahlen mehr als 48 Prozent der gesamten Einkommenssteuer – vereinen aber nur 27 Prozent aller Haushaltsbruttoeinkommen auf sich.

Hinzu kommt, dass die Statistik die Haushalte mit den höchsten

Einkommenssteuer: Wer zahlt – und wer nicht

Angaben für 2017 in Prozent



Fortschreibung auf Basis der SOEP-Daten von 2014; Personen: ab 18 Jahre

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
© 2017 IW Medien / iwd


Steuern: Das oberste Zehntel zahlt am meisten

Anteile in Prozent nach Einkommensdezilen im Jahr 2017

	Einkommens- steuer und Solidaritäts- zuschlag	Mehrwert- steuer und Versicherungs- steuer	Steuern insgesamt	Haushalts- brutto- einkommen	Anteil der Sozialtransfers am Brutto- einkommen
1. Dezil (geringstes Einkommen)	0,0	5,5	2,0	2,8	43,8
2. Dezil	0,3	6,8	2,6	4,4	16,5
3. Dezil	1,0	7,9	3,5	5,5	9,1
4. Dezil	2,0	8,4	4,3	6,5	6,0
5. Dezil	3,5	9,1	5,5	7,3	4,8
6. Dezil	5,6	9,6	7,1	8,6	3,9
7. Dezil	8,4	10,4	9,1	10,1	3,8
8. Dezil	12,2	11,5	12,0	12,1	2,8
9. Dezil	18,7	13,3	16,8	15,4	1,7
10. Dezil (höchstes Einkommen)	48,2	17,5	37,2	27,3	0,9

Fortschreibung auf Basis der SOEP-Daten von 2014; Einkommensdezile: auf Basis des Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommens

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Einkommen aus Datenschutzgründen nicht vollständig erfasst, sodass ihr Anteil am Steueraufkommen sogar noch höher ausfallen dürfte als hier berechnet. Fasst man jedoch die oberen drei Dezile zusammen, bleibt ohnehin nicht viel übrig: Fast 80 Prozent seiner Einnahmen aus der Einkommenssteuer kassiert der Staat vom oberen Drittel der bundesdeutschen Haushalte.

Allerdings verdienen „die da oben“ bei weitem nicht alle so viel, wie mancher glauben möchte. Denn der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift bereits bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von rund 54.000 Euro, das sind rund 65.000 Euro brutto. Zur Erinnerung: Unter Bundeskanzler Helmut Kohl lag die Schwelle, ab der der Spitzensteuersatz gilt, bei 120.000 D-Mark.

Auch ein Blick auf die unteren Einkommensklassen zeigt, dass das Leistungsprinzip im deutschen Steuersystem grundsätzlich funktioniert – starke Schultern tragen mehr als schwache:

Die fünf Zehntel der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen zahlen zusammen nur knapp 7 Prozent der gesamten Einkommenssteuer.

Konsumsteuern wie die Mehrwertsteuer unterscheiden sich von der Einkommenssteuer zum einen dadurch, dass es keine Freibeträge gibt. Wer konsumiert, zahlt also auf jeden Fall auch Steuern. Zum anderen hat die Mehrwertsteuer keinen progressiven Tarif, sondern zwei Stufen: den Regelsatz von 19 Prozent und den ermäßigten Satz von 7 Prozent.

Weil die Mehrwertsteuer jeden trifft, stellt sich die Belastung für die einzelnen Gruppen anders dar als bei der Einkommenssteuer. Während die Anteile dort von 0 bis 48 Prozent reichen, halten sich die Unterschiede bei der Mehrwertsteuer mit einer Spanne von 5,5 bis 17,5 Prozent in engen Grenzen.

Die unteren Einkommensklassen sind deshalb von der Konsumsteuer besonders betroffen – sie zahlen

mehr Mehrwertsteuer als Einkommenssteuer. Erst ab einem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von 2.700 Euro ist es umgekehrt.

Steuerbelastung insgesamt.

Fasst man Einkommens- und Mehrwertsteuer zusammen, verändern sich zwar die Anteile der einzelnen Einkommensgruppen am gesamten Steueraufkommen. Der grundsätzliche Befund aber bleibt:

Die oberen 10 Prozent der Haushalte tragen gut 37 Prozent des gesamten Aufkommens aus Einkommens- und Mehrwertsteuer. Die fünf Dezile mit den niedrigsten Einkommen zahlen insgesamt rund 18 Prozent.

Wie viel Netto bleibt vom Brutto? Die OECD hat erst vor ein paar Tagen wieder einmal darauf hingewiesen, dass Deutschland nach Belgien weltweit die zweithöchste Belastung durch Steuern und Sozialabgaben hat. Und tatsächlich: Weitgehend unabhängig vom Haushaltstyp müssen selbst die Bundesbürger mit mittlerem Einkommen rund 40 Prozent an den Staat abführen – darin sind die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen noch nicht einmal eingerechnet.

Was also tun? Weil ein Absenken der Sozialbeiträge negative Auswirkungen auf die Rentenansprüche hätte und die Mehrwertsteuer relativ verzerrungsneutral ist, bleibt nur das Absenken des progressiven Einkommenssteuertarifs. Das würde zum einen speziell bei einer Absenkung im unteren Verlauf zu einer Entlastung aller Steuerzahler führen und zum anderen den Anreiz erhöhen, erwerbstätig zu werden.

Aus IW-Trends 1/2017

Martin Beznoska, Tobias Hentze: Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland
iwkoeln.de/steuerlast

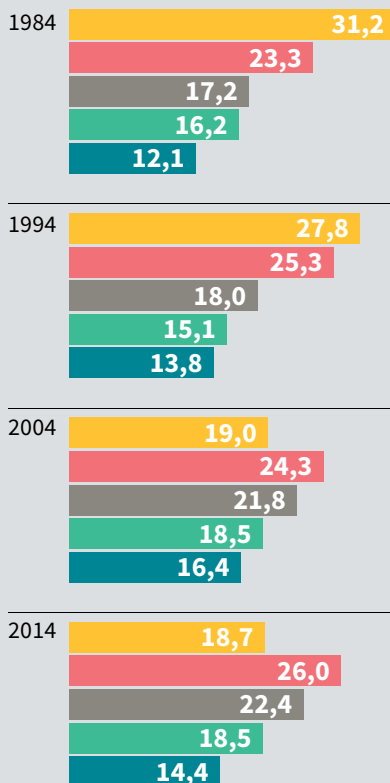
Es geht aufwärts

Lebensverhältnisse im Alter. In den vergangenen drei Jahrzehnten sind in Deutschland die Realeinkommen der Ruheständler stärker gestiegen als jene der jüngeren Altersgruppen. Im Einkommensranking der Gesellschaft konnten die Älteren dadurch immer weiter aufsteigen.

Den Älteren geht es besser

Aufteilung der Bevölkerung ab 65 Jahren auf die Einkommensquintile der Gesamtbevölkerung in Prozent

- 1. Quintil (geringstes Einkommen)
- 2. Quintil
- 3. Quintil
- 4. Quintil
- 5. Quintil (höchstes Einkommen)



Der Wert für 1984 berücksichtigt nur Westdeutschland, danach Werte für Gesamtdeutschland

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, IW Köln
© 2017 IW Medien / iwd

Das Thema Altersarmut beschäftigt Deutschland. Meist geht es in den öffentlichen Debatten um Einzelschicksale oder spezifische Risikogruppen – die sind zwar für sich genommen besorgniserregend, aber nicht geeignet, um Rückschlüsse auf die Gesamtsituation der Älteren zu ziehen. Denn insgesamt ist es um die Lebensverhältnisse der Rentner heute deutlich besser bestellt als vor 30 Jahren. Das hat eine Studie des IW Köln ergeben, für die IW-Wissenschaftler Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ausgewertet haben.

Zwar stimmt es, dass das Renteniveau gesunken ist:

Im Jahr 1970 lag es bei 55,2 Prozent des durchschnittlichen Bruttoentgelts; 2015 waren es nur noch 47,7 Prozent.

Doch letztlich basiert das Renteniveau auf der Modellgröße des Standardrentners und lässt nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächliche Einkommensposition der Rentner zu. Denn die Einkommensverteilung im Alter hängt noch von einer Reihe anderer Faktoren ab, dazu gehören ergänzende Alterseinkommen, die Verteilung der Einkommen im Haushalt sowie die Haushaltszusammensetzung.

Tatsächlich haben die verfügbaren Gesamteinkommen der 65- bis 74-Jährigen in Westdeutschland seit

Mitte der 1980er Jahre real um durchschnittlich 52 Prozent zugelegt, die der unter 45-Jährigen hingegen nur um 21 bis 31 Prozent. Deshalb sind die Älteren im Einkommensranking der Gesamtbevölkerung aufgestiegen (Grafik):

Befand sich im Jahr 1984 knapp ein Drittel der Ruheständler im ärmsten Einkommensfünftel, waren es 2014 nur noch 19 Prozent.

Dennoch hat sich die Quote derer, die Grundsicherung im Alter beziehen, im Zeitraum 2005 bis 2015 von 2,2 auf 3,1 Prozent erhöht. Das ist allerdings weiterhin deutlich weniger als bei den jüngeren Semestern – von ihnen sind fast 10 Prozent auf Grundsicherung angewiesen.

Zudem ist nicht klar, ob es wirklich mehr bedürftige Rentner gibt als früher oder ob Rentner heute nur häufiger die Grundsicherung in Anspruch nehmen, als es zu Zeiten der Sozialhilfe der Fall war. Für Letzteres spricht zweierlei: Zum einen hat die Politik bei den Agenda-Reformen darauf verzichtet, weiterhin die Vermögen der Kinder heranzuziehen, wenn Unterstützung beantragt wird – was manche Rentner früher davon abgehalten haben könnte, „aufs Amt“ zu gehen. Zum anderen informiert die gesetzliche Rentenversicherung neuerdings gezielt über mögliche Zuschüsse bei niedrigen Renten.

Erwerbstätige und Beamte haben im Alter am meisten

Durchschnittliche Monatswerte für das Jahr 2014

- Anteil an allen Haushalten mit Haushaltsvorstand über 64 Jahre in Prozent
- Mittelwert des Haushaltsnettoeinkommens in Euro

Vormaliger Erwerbsstatus

Un-/angelernte Arbeiter/Angestellte	23,0	1.752
Facharbeiter/Angestellte, einfache Tätigkeit	19,3	2.031
Vorarbeiter/Meister	14,8	2.472
Angestellte mit Leitungsfunktion	4,6	3.452
Beamte, einfacher und mittlerer Dienst	1,7	2.761
Beamte, gehobener und höherer Dienst	5,2	3.784
Selbstständige ohne Mitarbeiter	4,0	3.128
Selbstständige mit Mitarbeitern	3,8	2.934
Sonstige Personen	23,0	2.163
Noch beschäftigt	5,5	3.882

Zuordnung nach dem häufigsten oder letzten Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands, wenn dieser über 64 Jahre alt ist; Noch beschäftigt: Haushaltsvorstände mit positiven Erwerbseinkommen, die angeben, noch beschäftigt zu sein; Sonstige Personen: Nichterwerbstätige, Arbeitslose und Haushaltsvorstände ohne Zuordnung

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, IW Köln
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Auch die Tatsache, dass immer mehr Frauen erwerbstätig sind, beeinflusst die Lebensverhältnisse im Alter:

Männer trugen Mitte der 1980er Jahre in Westdeutschland rund 83 Prozent zu den selbst erwirtschafteten gesetzlichen Renten eines Paarhaushalts bei, 2014 lag ihr Anteil nur noch bei knapp 71 Prozent – Tendenz fallend.

Weil die Erwerbsquoten insgesamt steigen und viele Bundesbürger trotz Rentenalter noch einer bezahlten Beschäftigung nachgehen, gewinnt der Anteil der Arbeitseinkommen im Rentenalter an Bedeutung, ebenso der Anteil privater Zusatzrenten.

Vor allem jene Rentner, die ohnehin schon ein hohes Gesamteinkommen haben, sind sehr arbeitsam: Im obersten Drittel machen Arbeitseinkommen im Ruhestand noch immer ein Fünftel der Einnahmen aus, im unteren Drittel sind es weniger als 5 Prozent.

Einen erheblichen Einfluss darauf, in welchem Einkommensdrittel die Bundesbürger im Alter landen, hat der einstige Job des Haushaltsvorstands. Neben denjenigen, die im Alter noch erwerbstätig sind, stehen besonders frühere Beamte und ihre Partner gut da – zumindest, wenn sie einer gehobenen Dienststufe angehörten (Grafik):

Ist der Haushaltsvorstand noch beschäftigt, betrug das durchschnittliche Haushaltseinkommen 2014 fast 3.900 Euro je Monat, bei pensionierten Beamten des gehobenen und höheren Dienstes waren es knapp 3.800 Euro.

Auch die Haushalte von früheren leitenden Angestellten und Selbstständigen kommen im Alter auf überdurchschnittliche Einkommen. Deutlich niedriger liegen die Einkommen der Haushalte vormals Angestellter und Arbeiter mit geringer Qualifikation, die mit 23 Prozent die für sich genommen größte Gruppe im Alter darstellen.

Die Haushaltszusammensetzung unterscheidet sich im Alter indes kaum nach dem Erwerbsstatus. Insgesamt hat sie sich in den vergangenen Jahren allerdings merklich verschoben:

Bis 1995 lebten weniger als 30 Prozent der über 75-Jährigen als Paar zusammen, 2015 waren es beinahe 50 Prozent.

Allerdings tauchen nach wie vor all jene nicht in den Daten des SOEP auf, die – oft allein – in einer Betreuungseinrichtung leben. Wie sich die Lebensverhältnisse der Älteren in Deutschland entwickeln werden, ist ob all dieser Einflussfaktoren nur schwer vorherzusagen.

So könnte sich die Zahl der Singles unter den Rentnern und damit die der Armutsgefährdeten wieder erhöhen – schließlich leben viele Angehörige der jüngeren Generationen momentan allein. Ebenfalls kritisch im Blick zu behalten ist Ostdeutschland. Denn dort hat das Armutsrisiko der 65- bis 74-Jährigen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

Die Politik sollte sich allerdings nicht zu weitreichenden rentenpolitischen Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip hinreißen lassen. Denn die hätten – wie schon die Rente mit 63 und die Mütterrente – erheblichen Einfluss auf nachfolgende Generationen. Und gerade die jüngeren Altersgruppen haben laut IW-Studie und SOEP-Daten ja schon in den vergangenen Jahren gegenüber den Älteren nur unterdurchschnittliche Einkommenszuwächse verbucht.

Aus IW-Trends 1/2017

Susanna Kochskämper, Judith Niehues:
Entwicklung der Lebensverhältnisse im Alter
iwkoeln.de/lebensverhaeltnisse

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

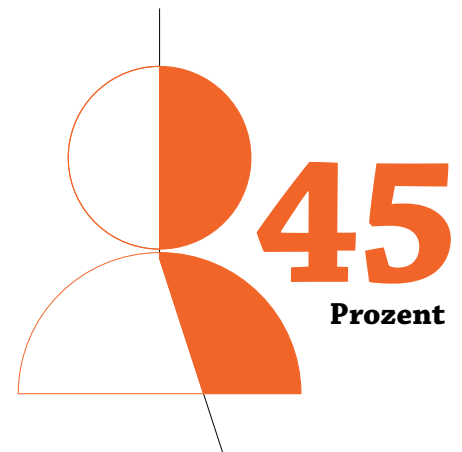
Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Katz & Maus

In vielen Haushalten maunzt, bellt und piepst es ganz gehörig: Denn in Deutschland lebten 2016 annähernd 32 Millionen Katzen, Hunde, Kleinsäuger und Ziervögel. Nimmt man noch die Zierfische und Terrarientiere hinzu, haben bundesweit 44 Prozent aller Haushalte ein oder mehrere Haustiere. Das gilt vor allem für Familien mit Kindern – 61 Prozent von ihnen halten ein Tier. Fast jeder fünfte Tierbesitzer hat mindestens zwei Haustiere, was bei geselligen Arten wie Meerschweinchen und Wellensittichen auch dem Tierwohl entgegenkommt. Die Heimtierbranche jedenfalls kann sich über die Tierliebe der Deutschen freuen. Im Jahr 2016 setzte sie knapp 4,15 Milliarden Euro im Fach- und Einzelhandel um, knapp 1 Prozent mehr als im Jahr davor. Hinzu kamen noch weitere 510 Millionen Euro für Heimtierprodukte, die Herrchen und Frauchen online orderten.

Zahl der Woche

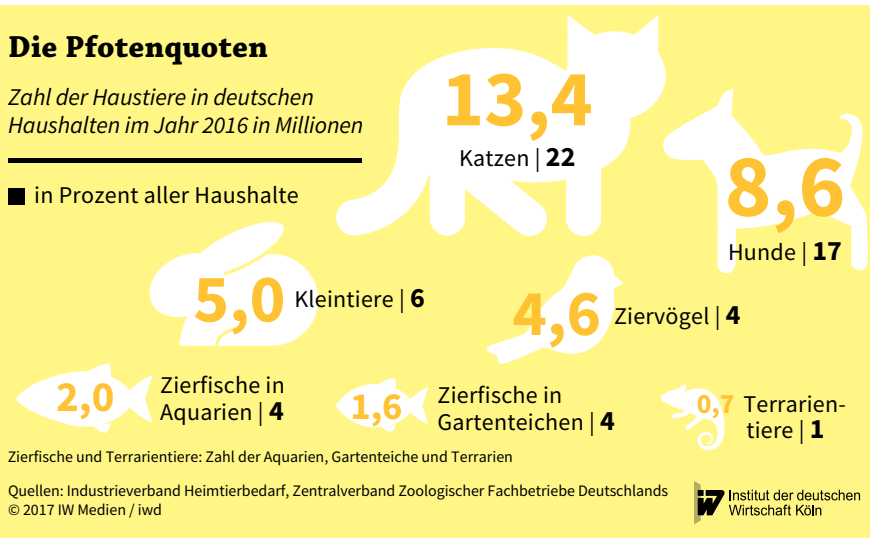


der Beschäftigten ab 25 Jahren waren 2015 seit mindestens zehn Jahren für ihren aktuellen Arbeitgeber tätig. Besonders dauerhaft sind Führungskräfte ihrem Unternehmen verbunden – von ihnen arbeiteten zuletzt gut 53 Prozent schon zehn Jahre oder länger für ihren derzeitigen Chef. Aber auch gut die Hälfte der Beschäftigten in technischen und Büroberufen hat ihren aktuellen Job seit mindestens zehn Jahren. Bei Verkäufern und anderen Dienstleistungskräften beträgt der Anteil dagegen nur 36 Prozent, bei Hilfsarbeitern sogar nur 32 Prozent.

Die Pfotenquoten

Zahl der Haustiere in deutschen Haushalten im Jahr 2016 in Millionen

■ in Prozent aller Haushalte



Neu auf iwd.de: M+E-Firmen setzen auf Materialeffizienz

Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen die deutschen Metall- und Elektro-Unternehmen ihren Materialeinsatz so effizient wie möglich gestalten. Laut einer Untersuchung des IW Köln verfolgen die Betriebe dieses Ziel vor allem dadurch, dass sie die Herstellungsprozesse optimieren, innovative Techniken verwenden und neue Materialien einsetzen. Darüber hinaus hilft aber auch die Digitalisierung dabei, die Materialeffizienz zu steigern. Wie dies genau geschieht, lesen Sie auf iwd.de.

